



PRESSEMITTEILUNG

Landeschüler*innenvertretung Hessen
Interessenvertretung der Schüler*innen Hessens

LSV Hessen | Georg-Schlosser-Straße 16a | 35390 Gießen

An

Die **Landesregierung**,

das **hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen**,

alle **Pressevertreter*innen**

Nele Vogel

*Landeschulsprecherin &
Bundesbeauftragte*

post@lsv-hessen.de

nele.vogel@lsv-hessen.de

+49 151 12780476

Petersberg, 20.03.25

Landeschüler*innenvertretung Hessen kritisiert pauschale Handyverbote – Digitalisierung an Schulen braucht mehr als Verbote

Die Landeschüler*innenvertretung (LSV) Hessen nimmt Stellung zu den vom Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen angekündigten Änderungen zur Handynutzung an Schulen ab dem Schuljahr 2025/26.

Zwar begrüßt die LSV, dass es Veränderungen in Sachen Medienbildung und -Nutzung geben soll, doch der **Gesetzentwurf weist erhebliche Schwächen auf und geht an zentralen Forderungen der Schüler*innenschaft vorbei.**

Laut Gesetzentwurf soll die private Nutzung mobiler Endgeräte auf dem Schulgelände grundsätzlich verboten sein – mit Ausnahmen für bestimmte, durch die Schulen festzulegende Bereiche an weiterführenden Schulen. Doch es bleibt unklar, wie dies für Schulen ohne Oberstufe oder reinen Sekundarstufe-I-Schulen gehandhabt wird.

*„Warum gilt die Ausnahme nur für Oberstufenräume? Was ist mit den reinen Sek-I-Schulen? Diese Unklarheit wird für Probleme in der Praxis sorgen. Zudem brauchen gerade ältere Schüler*innen eine größere Freiheit und angemessene Möglichkeit zur Nutzung digitaler Geräte in den Pausen“*, kritisiert **Ted Krämer, Landeschulsprecher.**

Ebenso problematisch ist die unpräzise Definition von „Notfällen“, in denen eine private Nutzung erlaubt sein soll. Die LSV fordert eine klare und objektive Regelung, um eine willkürliche Entscheidung durch Lehrkräfte zu vermeiden.

Zudem impliziert die Verwendung des Begriffes „Schutzzonen“ eine Gefahr. Eine Gefahr durch Smartphones und ihre Verwendung ist real, doch derer wird durch ein Verbot nicht entgegengewirkt! Schüler*innen müssen umfangreich über Gefahren und Chancen aufgeklärt werden, statt sie durch reine Verbote den Risiken an anderer Stelle auszusetzen!

Außerdem spricht sich die Landesschüler*innenvertretung entschieden dafür aus, Medienbildung bereits in der **Grundschule** systematisch zu verankern. Die LSV unterstützt an dieser Stelle zwar die Unterbindung der privaten Nutzung von Handys in Grundschulen (abseits von Notfällen) zur Förderung des Erwerbs von Sozialkompetenzen — das Erlernen digitaler Kompetenzen, auch im Grundschulalter, wird jedoch außen vorgelassen.

*„Digitale Kompetenz ist kein Selbstläufer. Es reicht nicht, Handys aus dem Schulalltag zu verbannen – wir brauchen eine klare Strategie, wie Schüler*innen ab der Grundschule an einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien herangeführt werden. Gerade zur Aufklärung über Gefahren in Sachen Cybermobbing, -Grooming, Hatespeech und digitalen Übergriffigkeiten ist die Verankerung im frühen Schulalter essenziell“,* betont **Nele Vogel, Landesschulsprecherin**.

Um eine moderne und nachhaltige Regelung zu schaffen, fordert die LSV Hessen schnellstmöglich folgende Anpassungen:

- Präzisere Regelungen zur Nutzung von Handys in der Sekundarstufe I und II, insbesondere für Schulen ohne Oberstufe.
- Klar definierte Kriterien für „Notfälle“, um eine subjektive Bewertung durch Lehrkräfte zu vermeiden.
- Verpflichtende Medienbildung ab der Grundschule, um digitale Kompetenzen systematisch aufzubauen.
- **Zukunftsorientierte Regelungen, die die Schule von morgen fördern statt Rückschritte einzuleiten.**



PRESSEMITTEILUNG

Landeschüler*innenvertretung Hessen
Interessenvertretung der Schüler*innen Hessens

Die LSV Hessen kritisiert zudem, dass sie als demokratisch gewählte Vertretung der Schüler*innen Hessens im Vorfeld nicht aktiver in die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs eingebunden wurde. *„Es ist unverständlich, dass über die Köpfe der Schüler*innen hinweg entschieden wird, anstatt sie aktiv in den Prozess einzubeziehen. Die LSV steht jederzeit für Gespräche bereit, um eine zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten“*, betont **Laurenz Spies, Landeschulsprecher**.

Die Landeschüler*innenvertretung Hessen wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Digitalisierung an Schulen nicht durch Verbote, sondern durch sinnvolle Konzepte vorangebracht wird! Die Schule der Gegenwart und Zukunft braucht keine Rück- sondern Fortschritte!

Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an uns.
i.A.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nele Vogel'.

Nele Vogel

Landeschulsprecherin und Bundesbeauftragte Hessens